

„Gesicht zeigen“ – falsch verstanden!

Polizei behandelt „Fürther Bündnis gegen Rechts“ wie Verbrecher!

„Fürther Bündnis gegen Rechts“ in Polizeifalle gelockt!

Gut 1000 Menschen demonstrierten gestern Abend am Jakobsplatz in Nürnberg gegen ca. 50 Anhänger von „Pegida“. Gut geschützt durch ein sehr großes Polizeiaufgebot und Absperrungen, versuchten deren Aktivisten ihren dumpfen und rassistischen Parolen Gehör zu verschaffen, was aber im lautstarken Protest der Gegendemonstranten unterging.

Der friedliche Protest gegen „Pegida“ sollte zumindest für das „Fürther Bündnis gegen Rechts“ wenig friedlich zu Ende gehen.

Als nämlich gegen 21 Uhr ein Teil des „Fürther Bündnisses“ sich aufmachte mit der U-Bahn heimzufahren, kam es an und in der U-Bahn Station „Weißer Turm“ zu einem ungeheuerlichen Polizeieinsatz gegen zahlreiche, vermeintliche Mitglieder des „Fürther Bündnisses gegen Rechts“.

Nachdem der Zugang zur U-Bahn erst versperrt wurde, erklärte ein USK Polizist: „Sie können jetzt zur U-Bahn durchgehen“.

Als ein Großteil der Menschen sich im Zwischengeschoss der U-Bahn befand, wurden mit dem Kommando „Dichtmachen!“ alle Zu- und Abgänge der U-Bahn Station abgeriegelt. Ein USK-Einsatzleiter „baute“ sich vor den eingekesselten Menschen auf und erklärte, „dass der Verdacht bestehen würde, dass hier Leute sind, die am Rosenmontag an der Blockade gegen den Aufmarsch der „Nügida“-Bewegung in Nürnberg dabei gewesen seien.

Da damals angeblich 2 Straßenbahnen nicht planmäßig fahren konnten, läge der Tatbestand der Nötigung vor. Deshalb würden jetzt von allen die Personalien festgestellt und Fotos gemacht.“

Proteste dagegen wurden mit der Androhung von unmittelbarem Zwang beantwortet.

Und, dass es die Polizei Ernst meinte, sollten einige sogleich hautnah erfahren. Der Polizeieinsatz wurde rücksichtslos durchgezogen. Alle Anwesenden mussten „ihr Gesicht zeigen“ um fotografiert zu werden. Außerdem wurden die Personalien aufgenommen.

Das Hinzuziehen eines Anwaltes wurde verweigert.

Diese ungeheuerliche Polizeiaktion dauerte ca. eine halbe Stunde.

Das „Fürther Bündnis gegen Rechts“ ist empört über den Polizeieinsatz und fordert sofortige Aufklärung!

Wer hat diesen Einsatz befohlen und warum?

Soll hier ein aktives Bündnis und deren Mitglieder bewusst eingeschüchtert und kriminalisiert werden?

Warum wurden die Demonstranten bewusst belogen und in die Polizeifalle gelockt?

Das „Fürther Bündnis gegen Rechts“ wertet das Vorgehen der Polizei als in jeder Hinsicht unverhältnismäßig und als bewusste Kriminalisierung von Menschen , die sich gegen rechte und rassistische Hetze wenden und stellen!

Es kann nicht angehen, dass von allen Seiten aufgefordert wird „Gesicht zu zeigen“ und mit Zivilcourage gegen Rassismus und Diskriminierung auf die Straße zu gehen, es aber gleichzeitig zu solchen massiven Verletzungen des Rechts auf freie und ungehinderte Demonstration dagegen kommt!

Wir erklären ausdrücklich: Wir lassen uns nicht einschüchtern und nicht kriminalisieren im Kampf gegen Rassismus und Faschismus!

Wir rufen deshalb auf zu einer Protestkundgebung am kommenden Montag, den 09.03.2015 um 18.00 Uhr am Kohlenmarkt in Fürth auf.

Gegen die Kriminalisierung von AntifaschistenInnen.

Anschließend fahren wir gemeinsam nach Nürnberg und nehmen an den Protesten gegen „Nügida“ teil.

Kommt zahlreich!